

Politik muss über den Tellerrand blicken

David Wade ist 27 Jahre alt und zählt damit zur jungen Garde der Kommunalpolitiker in Grävenwiesbach. Seit 2016 gehört er der Gemeindevertretung an, 2017 wurde er SPD-Chef. TZ-Mitarbeiterin Monika Schwarz-Cromm fragte nach seinen politischen Zielen.

Sie waren gerade mal 22 Jahre alt, als Sie in die Gemeindevertretung gewählt und SPD-Vorsitzender wurden. Ziemlich viel Verantwortung, oder?

Ich habe 2017 in einer für die Bundes-SPD schwierigen Zeit den Vorsitz in Grävenwiesbach übernommen. Aufgrund der kommunalen Entwicklung war die Lage bei uns besonders herausfordernd. Mittlerweile haben mich alle als Vorsitzenden akzeptiert. Es ist gelungen wieder ein starkes Team zusammenzustellen.



David Wade steht an der Spitze der Grävenwiesbacher SPD und will in die Kreispolitik. Foto: Privat

Wie sehen Sie die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien?

Was ich bei den anderen Parteien vermisse, ist der Blick über den eigenen Tellerrand. Für gute Politik vor Ort, braucht es den engen Austausch zwischen den Parteien aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Daher wünsche ich mir ein Ende der Mehrheit von CDU/FWG und stattdessen wechselnde Mehrheiten in der Gemeindevertretung. Das zwingt alle zu ergebnisoffener Politik, nimmt aber auch alle Fraktionen in die Pflicht.

Einige SPD-Wahlthemen decken sich mit denen der Grünen. Wo liegt der Unterschied?

Bei der SPD steht der soziale Ausgleich in Verbindung mit konsequentem Umweltschutz im Mittelpunkt. Beim Beispiel Solar ist das gut erkennbar. Die Grünen fordern Solaranlagen auf öffentlichen Dächern. Wir fordern darüber hinaus eine kommunale Entwicklungsgesellschaft mit einer möglichen Beteiligung durch den Kreis, anderen Kommunen sowie Bürgern. So möchten wir, falls gewollt und falls sinnvoll, jedem Hauseigentümer ein Solarzellen-Angebot mit angepasstem Finanzierungsanteil in den nächsten fünf Jahren machen. Bisher wird Solartechnik in Grävenwiesbach schätzungsweise nur auf jedem fünften Dach genutzt.

Sie sagen also, Ihr Klimaschutz ist besser und intensiver als der der Grünen?

Ja, die SPD hat das ambitionierteste Programm. Es ist doch auch höchste Zeit, in Sachen Klimaschutz voranzugehen. Leider sind innovative Ideen oftmals schwer in der Gemeindevertretung zu vermitteln. Wir aber wollen den Klimaschutz effektiver und vor allem langfristig gestalten.

Wie wichtig ist dabei die Bürgerbeteiligung?

Sehr, denn wir wollen die Floskel "Bürgerbeteiligung" auch tatsächlich umsetzen. Deswegen möchten wir das "openDemokratie-Tool" von "OpenPetition" auf die gemeindliche Homepage setzen. Damit hat jeder Bürger die Möglichkeit per Petition auszudrücken, wo der Schuh drückt. Beispiel Bürgerhaus, ein Thema, zu dem viele Grävenwiesbacher eine Meinung haben.

Was versprechen Sie sich von der Mitarbeit in der Kreispolitik?

Der "Hintertaunus" braucht Politiker im Kreis, die mit den Problematiken vor Ort vertraut sind. Ich möchte im Kreistag die Interessen Grävenwiesbachs vertreten und beispielsweise

klarmachen, dass der Breitbandausbau in Grävenwiesbach genauso wie in Frankfurt verwirklicht werden muss, notfalls über die öffentliche Hand. Oder nehmen sie die Krankenhausproblematik: Aufgrund des Krankenhausstrukturgesetzes wird jede Menge Druck auf die Krankenhäuser des Hochtaunuskreises ausgeübt. Den Standort in Usingen können wir langfristig nur durch den Erhalt der Hochtaunuskliniken in öffentlicher Trägerschaft sichern. Aber auch darüber hinaus ist für Grävenwiesbach eine starke SPD im Kreistag besonders wichtig.

Warum gerade für Grävenwiesbach?

Weil wir eine schwierige Sozialstruktur haben. Zum Beispiel ist die Kinderarmutsquote bei uns mit rund 10 Prozent besonders hoch. Der Kreis ermöglicht durch einen ehrenamtlichen Ombudsmann gezielte Sozialberatungen und unterstützt bedürftige Familien. Zu einer Politik des sozialen Ausgleichs gehört darüber hinaus, das Ganztags-Schulangebot weiter auszubauen.

Was gefällt Ihnen derzeit nicht an der Kreispolitik?

Dass im Kreistag Faschisten sitzen und mitreden. Mir ist es sehr wichtig, diesen Leuten nicht nur auf der Straße, sondern auch im Parlament entgegenzutreten und ihre menschenverachtenden Positionen zu bekämpfen.